

Gemeinsames Positionspapier

Wärmepumpenhochlauf stärken durch einen verbesserten Rahmen für die Elektrifizierung

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern besteht ein immenses Informationsbedürfnis zur Wärmepumpe. Viele haben die Notwendigkeit, zu erneuerbaren Energien zu wechseln, längst erkannt, sind aber durch die Art und Weise der Heizungsdebatte im vergangenen Jahr teils stark verunsichert worden. BWP, ZVEH und ZVEI begrüßen Initiativen wie die Woche der Wärmepumpe und fordern sowohl die Ampel-Regierung als auch die Opposition dazu auf, sich einer fundierten und verlässlichen Kommunikation zum Thema Wärmepumpe anzuschließen. Denn Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Planungssicherheit für Investitionen im Heizungskeller. Insbesondere bei den folgenden Aspekten sehen BWP, ZVEH und ZVEI weiteren politischen Handlungsbedarf.

Unsere Positionen

Investitionen brauchen klare und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen

Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen für die Entscheidung über die Investition in eine neue Heizungsanlage Klarheit über die ökonomischen Rahmenbedingungen. Vor allem müssen Fördermöglichkeiten – etwa im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) – nachhaltig und verlässlich ausgestaltet sein. Diskussionen über die Finanzierbarkeit der BEG im Rahmen der aktuellen Haushaltsdebatte und medial verbreitete Zweifel an der Beständigkeit des Förderprogramms führen hingegen nicht zu mehr Förderanträgen, sondern zu neuer Verunsicherung und Abkehr von Investitionen.

Verlässlichkeit und Planbarkeit müssen auch hinsichtlich des CO₂-Preispfads gewährleistet bleiben, damit Wärmepumpen als attraktive Alternative zu mit fossilen Energieträgern betriebenen Heizungen wahrgenommen werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen frühzeitig darüber informiert werden, dass der CO₂-Preis voraussichtlich steigen wird, wenn dieser sich ab 2027 über das Emissionshandelssystem II (ETS II) bildet. Zugleich ist es Aufgabe der Politik, für eine sozial gerechte Form der Rückvergütung der aus dem CO₂-Preis generierten Einnahmen zu sorgen.

Zu einer Verzögerung bei der Wärmepumpeninstallation kommt es derzeit aber auch, weil viele Verbraucherinnen und Verbraucher die finalen Entscheidungen im Zuge der kommunalen Wärmeplanung abwarten. In Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern wird die Wärmeplanung sogar noch bis Mitte 2028 dauern, obwohl bereits heute oftmals klar ist, dass dort niemals die Möglichkeit eines Anschlusses an ein Wärmenetz bestehen wird. Dies muss den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Ort frühzeitig vermittelt werden, um einen unnötigen Attentismus beim Umstieg auf Wärmepumpen zu vermeiden.

Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Wärmepumpenhochlauf besteht zudem aufgrund der Angst, dass unzureichende Netzkapazitäten zu Eingriffen der Netzbetreiber und im schlimmsten Fall zur Abschaltung der Geräte führen könnten. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, braucht es eine politische Agenda, die den Wärmepumpenhochlauf, den dafür notwendigen Netzausbau, Smart-Meter-Rollout, variable Stromtarife und weitere benötigte Regulierung zeitlich koordiniert. Auf der EU-Ebene brachte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits einen sogenannten "Electrification Action Plan" ins Spiel. Auch auf nationaler Ebene sollten diese Themen ganzheitlich gedacht und geplant werden.

Strompreise senken und flexibilisieren

Der Wechsel zu elektrischen Heizlösungen wie Wärmepumpen sollte für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur auf drohenden Preisanstiegen bei fossilen Energieträgern und CO₂-Abgaben beruhen. Technologien wie Wärmepumpen sind im Betrieb wirtschaftlich attraktiv, wenn der Strompreis dauerhaft das maximal 2,5-fache des Gaspreises beträgt. Ein wichtiger Schritt, um die im Vergleich zu fossilen Energieträgern und im Vergleich zum europäischen Ausland hohen Strompreise zu senken, ist eine Reduzierung der auf den Strompreis

aufgeschlagenen Steuern und Abgaben. Dringend müssen Wege gefunden werden, die zuletzt stark gestiegenen Netzentgelte mindestens zu stabilisieren, besser noch zu reduzieren, z.B. durch die Einführung des seit langem diskutierten Amortisationskontos, das die Refinanzierung der Ausbaukosten staatlich gesichert über einen längeren Zeitraum streckt. Zudem sollte die Finanzierung der Redispatchkosten dauerhaft über einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt erfolgen.

Entlastungen bei Netzentgelten, Steuern und Abgaben bilden zudem die Grundlage für attraktive dynamische Strompreise, die Anreize schaffen für eine flexible Nutzung von Wärmepumpen, Elektroautos oder Heimspeichern. Dies kann bereits heute zu erheblichen Einsparpotenzialen für das Stromsystem und die Verbraucher führen – und das sogar bei konservativen Schätzungen hinsichtlich der Anlagenkonfiguration. Diese Kosteneinsparungen tragen maßgeblich zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende bei. Die Sorge, durch solche dezentralen flexiblen Verbraucher neue Lastspitzen zu produzieren, ist hingegen meist unbegründet. Entsprechend sollten die Chancen und Vorteile flexibler Stromtarife stärker betont und das Ausrollen der Tarife beschleunigt werden. Aus Akzeptanz- und sozialen Gründen sollten Verträge mit dynamischen Stromtarifen aber auch über ein Absicherungsinstrument verfügen, das Anreize zur Lastflexibilisierung und zum Energiesparen setzt, aber gleichzeitig Preissicherheit für Verbraucher bietet.

Konsequenter Smart-Meter-Rollout

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der stärkere Einsatz von Elektroautos im Verkehrsbereich, Wärmepumpen in Gebäuden und elektrische Prozesswärme in der Industrie erfordern eine intelligente Verknüpfung von Stromerzeugung und -verbrauch. Unser zukünftiges Energiesystem wird wesentlich flexibler, aber auch komplexer werden. Der Schlüssel ist eine weitreichende Digitalisierung des Energiesystems. Intelligente Messsysteme, die aus einer modernen Messeinrichtung und einer Kommunikationseinheit (Smart Meter Gateway) bestehen, ermöglichen es, den Stromverbrauch beziehungsweise die Einspeisung von Strom aus privaten und gewerblichen Immobilien und Anlagen zu erfassen und effizient zu steuern. Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten auf diese Weise wertvolle Informationen über ihren Verbrauch. Netzbetreiber können die Netzauslastung besser überwachen.

In Deutschland verlief der Einbau von Smart Meter Gateways bisher eher schleppend. Grund dafür war das lange Ringen um einen praktikablen gesetzlichen Rahmen und hohe Ansprüche an die Interoperabilität und gleichzeitig auch die Sicherheit der Systeme. Dabei ist das technische Potenzial der Geräte und ihr möglicher Nutzen für eine intelligente Steuerung und Flexibilisierung des Stromsystems weit höher. Der Einbau von intelligenten Messsystemen muss daher weiter beschleunigt werden. Kurzfristige regulatorische Eingriffe wie der aktuelle Gesetzentwurf zur Änderung von EnWG und MsBG lassen leider befürchten, dass der Smart-Meter-Rollout verlangsamt wird.

Beschleunigung beim Netzanschluss

Unterschiedliche Vorgaben und teils immer noch nicht digitalisierte Prozesse der über 800 Verteilnetzbetreiber in Deutschland führen zu Verzögerungen bei der Installation und Inbetriebnahme von Wärmepumpen und anderen Stromverbrauchseinrichtungen wie Ladestationen für Elektroautos. BWP, ZVEH und ZVEI begrüßen, dass von Seiten der Politik dieses Thema wiederholt aufgegriffen wurde und – z.B. im Zuge des “Branchendialogs zur Beschleunigung von Netzanschlüssen” – Konzepte für eine Standardisierung und Digitalisierung aller Netzanschlussverfahren entwickelt worden sind. Aus Sicht der Branchenverbände müssen die bereits begonnenen Maßnahmen wie der digitale Prozess für das Netzanschlussverfahren in der EnWG-Novelle konsequent weiterverfolgt und weitere Maßnahmen zur Standardisierung der Netzanschlussverfahren der Netzbetreiber durch den Gesetzgeber angestoßen werden.

Kontakt

BWP: Dr. Björn Schreinermacher, Leiter Politik, +49 (0) 176 879 411 32, schreinermacher@waermepumpe.de

ZVEH: Moritz Bonn, Referatsleiter Politik und Volkswirtschaft, +49 69 247747 23, m.bonn@zveh.de

ZVEI: Helge Pieper, Manager Wärmepolitik und Gebäudeenergie, +49 162 2664 919, helge.pieper@zvei.org

Stand: 6.11.2024